

Die Rentner sind die großen Verlierer der Verteuerung des Lebens

Stand: 13:41 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Daniel Eckert**
Finanzredakteur



Quelle: Getty Images/Klaus Vedfelt; Montage: Infografik WELT

Die Inflation betrifft zwar alle Bevölkerungsgruppen. Doch die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten sind sehr unterschiedlich von der Teuerung betroffen. Besonders schmerzhaft ist sie nämlich für die ältere Generation – was auch verhaltensbedingte Gründe hat.

Nichts wird derzeit unter Ökonomen hitziger diskutiert als die Frage, welche Richtung die Inflation einschlägt: Wird die Teuerung sich 2024 erheblich abschwächen oder sogar in eine Deflation (</wirtschaft/plus247243784/China-Verzweifelter-Aktionismus-gegen-den-Absturz.html>), also sinkende Preise, umschlagen? Oder werden sich viele Güter des täglichen Bedarfs nächstes Jahr doch wieder verteuern.

Von der Beantwortung dieser Frage hängt unter anderem die Zinspolitik der Notenbanken ab. Aber nicht nur das: Rund um den Globus ist die Inflation eine soziale Frage. Und nicht zuletzt in Europa birgt sie auch politischen Sprengstoff.

Denn die Verteuerung des Lebens trifft einzelne Länder und Bevölkerungsgruppen viel härter als andere. So lässt sich zum Beispiel vielerorts in Europa beobachten, dass Rentner mehr

unter der Inflation leiden als junge Berufstätige.

Ältere Menschen haben in der Regel mehr Geld auf dem Sparbuch, das durch die Teuerung entwertet wurde, als jüngere. Zugleich verfügen sie über weniger Optionen, um die schädlichen Auswirkungen auszugleichen. So können sie weder durch Jobwechsel ihr Einkommen steigern, noch können sie den realen Schwund durch Zinseszinsen in der Zukunft ausgleichen.

Tendenziell sind ältere Menschen in Europa auch eher Besitzer von Häusern oder größeren Wohnungen, sodass die gestiegenen Heizkosten der Jahr 2022 und 2023 sie mit voller Wucht trafen.

Nach Berechnungen des Finanzdienstes Bloomberg haben einkommensschwache Rentnerhaushalte in Italien in den letzten Jahren [Einkommenseinbußen \(/wirtschaft/plus241606495/Wohlstand-in-Deutschland-Diese-Regionen-sind-die-ueberraschenden-Gewinner.html\)](#) von bis zu 20 Prozent erlitten, während ein Haushalt aus Menschen mittleren Alters im Euroraum typischerweise einen Einkommensrückgang von fünf Prozent hinnehmen musste.

In Deutschland weist das Statistische Bundesamt (Destatis) keine speziellen Inflationsraten für Rentnerhaushalte aus. Allerdings lassen sich aus den Inflationsprofilen verschiedener Haushaltstypen Rückschlüsse ziehen.

„In den vergangenen beiden Jahren waren die meiste Zeit Single-Haushalte mit geringen Einkommen besonders von der Inflation betroffen“, sagt Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Geringverdienende Alleinlebende klingt sehr abstrakt. In der Realität sind in dieser Gruppe einerseits junge Menschen, andererseits aber auch Rentner überproportional anzutreffen.

„Lebensmittel und Haushaltsenergie machen hier einen größeren Anteil des Warenkorb aus“, erklärt Dullien. Daher sei klar davon auszugehen, dass Ruheständler auch in Deutschland stärker von der Inflation betroffen waren als die Durchschnittsbevölkerung. Zum 1. Juli 2023 sind die Renten in den westlichen Bundesländern um 4,39 Prozent, und im Osten 5,86 Prozent angehoben worden.

Das dürfte weder nicht einmal in den östlichen Ländern ausreichen, um die allgemeine Teuerung auszugleichen, geschweige denn im Westen. Im Jahresdurchschnitt dürften die [Lebenshaltungskosten \(/finanzen/plus247949130/Gehaelter-Hier-sind-die-Einkommen-der-Deutschen-am-hoechsten-sind-Loehne-und-Gehaelter-Analyse-zeigt-wo-die-besten-Gehaelter-in-Deutschland-locken.html\)](#) hierzulande um sechs Prozent geklettert sein, wobei die spezifische Inflation für älteren Menschen häufig höher liegen dürfte, eben weil sie statistisch einen größeren

Anteil ihres Einkommens für Energie und Lebensmittel aufwenden.

Klicken/tippen Sie bitte für mehr Informationen auf diese interaktive Grafik:

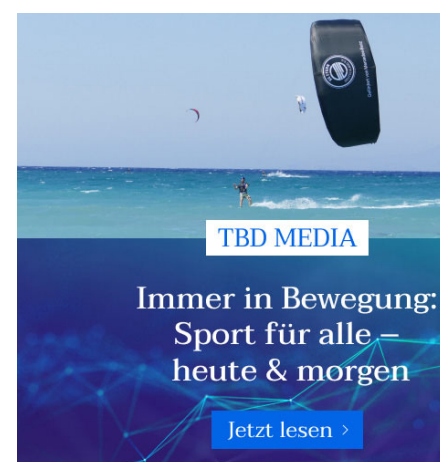
Doch nicht nur über die Einkommenseite sind Ruheständler in der Defensive. Ihre Ersparnisse sind häufig auch sicher angelegt, was in Deutschland – ähnlich wie zum Beispiel in Italien – in erster Linie niedrig verzinste Bankkonten meint. Nach einer Analyse der Deutschen Bundesbank hatten Menschen im Alter von 75 oder darüber im Median zuletzt 19.100 Euro auf dem Sparguth oder in einem Bausparvertrag.

Bei den 25- bis 34-Jährigen in Deutschland lag der Wert bei 4600 Euro, war also nicht einmal ein Viertel so hoch. Im Gegensatz zum arithmetischen Mittel (der durch große Vermögen nach oben verzerrt sein kann), bezeichnet der Median einen typischen Angehörigen der Gruppe: 50 Prozent haben weniger, 50 Prozent mehr.

Die Politik in Europa kann es sich nicht leisten, die Gruppe der Älteren zu ignorieren. In Deutschland leben mittlerweile 21 Millionen Rentner. Bei der Bundestagswahl 2021 stellten sie rund ein Viertel aller Wähler.

In Deutschland wie in anderen europäischen Ländern hat die Politik daher großen Wert darauf gelegt, den Teuerungsschock durch Hilfen abzufedern, zumal die Natur der Inflation wenig Gelegenheit für einen automatischen Ausgleich bot. So sind in der Bundesrepublik 2023 die Immobilienpreise gesunken, obwohl „Betongold“ eigentlich als inflationssicheres Investment gilt, im Jahr 2022 hingegen waren Aktien und Anleihen (<https://www.welt.de/themen/anleihen/>) die Räder gekommen. Die herben Verluste konnten teils bis heute nicht ausgeglichen werden.

Der Grund liegt im sprunghaften Anstieg der Energiepreise ([/wirtschaft/plus248713752/Energiepreis-Hilfen-gestrichen-Dieses-Szenario-droht-jetzt-Millionen-Stromkunden.html](https://wirtschaft.plus248713752/Energiepreis-Hilfen-gestrichen-Dieses-Szenario-droht-jetzt-Millionen-Stromkunden.html)), vor allem bei Öl, Gas und Strom, der in die privaten Budgets einschneidet, dann aber auch ein Gegensteuern der Zentralbanken in Gestalt einer restriktiven Geldpolitik zur Folge hatte. Der abrupte



Zinsanstieg wiederum hatte eine Verbilligung von Vermögenswerten zufolge.

Besonders gut schnitten daher Haushalte ab, die sich noch vor 2022 zu günstigen Konditionen verschuldet hatten, mit den Krediten Eigentum erwarben und die ökonomischen Schocks in den folgenden Jahre durch berufliche Verbesserung ausgleichen konnten. Gerade in jungen Jahren kann sich ein Stellenwechsel sehr schnell auszahlen.

Bloomberg-Informationen zufolge profitierten so schätzungsweise 30 Prozent der Haushalte im Euroraum vom Inflationsschock. In der Gruppe der 25- bis 44-Jährigen ist es fast die Hälfte. Im Durchschnitt sind junge Menschen eher verschuldet als ältere Menschen und besitzen weniger Vermögen. Ökonomen zufolge haben junge Menschen außerdem mehr Zeit, auf wirtschaftliche Schocks zu reagieren, etwa durch Migration oder Umschulung. Älteren ist das nicht gegeben.

Allerdings könnten die größten Schläge für die Älteren vorbei sein. Die meisten Ökonomen sehen die Preise im Jahr 2024 um 2,5 Prozent oder etwas mehr steigen. Die Erhöhung der Renten im Juli 2024 dürfte dagegen 3,5 Prozent betragen, so geht es aus dem Entwurf des Rentenversicherungsberichts der Bundesregierung hervor.

Das heißt, dass die Ruhestandseinkommen stärker zulegen als das allgemeine Preisniveau. Und noch eine gute Nachricht: Gerade Güter und Dienstleistungen, die im „Warenkorb“ von älteren Menschen hoch gewichtet sind, zeigten zuletzt eine deutlich abnehmende Teuerungsdynamik.

In Deutschland lagen die Preise für Energieprodukte im November 2023 um 4,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats: Die Preise für Kraftstoffe gingen laut Destatis von auf Jahressicht um 6,9 Prozent zurück, Haushaltsenergie verbilligte sich im gleichen Zeitraum um 2,7 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel lagen im November 2023 noch 5,5 Prozent höher als im Vorjahresmonat, womit sich Preisauftrieb für Essen erneut verlangsamte, im August 2023 hatte das Plus noch bei zum Vorjahr gelegen. Die Tendenz abnehmender Nahrungsmittelinflation lässt sich international beobachten, wie aus Daten der Industrieländerorganisation OECD hervorgeht. Diese Daten sind für Rentner ein Hoffnungsschimmer.



Da Haushaltsenergie zuletzt spürbar billiger geworden sei und außerdem die Nahrungsmittelinflation zurückgehe, hätten sich die Inflationsraten der einzelnen Gruppen wieder angenähert, sagt Dullien: „Die höhere Inflationsbelastung der Single-Haushalte mit niedrigeren Einkommen schwindet daher nach und nach.“

Enorme Spreizung innerhalb der Euro-Zone wird zum Problem

Zu bedenken sei jedoch, dass das einmal erreichte höhere Preisniveau nicht einfach wieder weggehe: „Es ist nicht absehbar, dass die Preise wieder so weit fallen, dass der Unterschied bei den Inflationsraten korrigiert wird.“

Es gibt noch ein zweites Problem, das den Entscheidern in der Euro-Zone Kopfzerbrechen bereiten muss: die enorme Spreizung der Inflationsraten innerhalb der Währungsunion. Am einen Ende des Spektrums stand zuletzt Belgien, wo die Preise gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex auf Jahressicht um 0,7 Prozent zurückgingen.

Am anderen Ende der Skala befand sich die Slowakei, wo die Inflationsrate im November noch 6,9 Prozent betrug – eine Differenz von 7,6 Prozentpunkten. „Die Unterschiede können kaum größer sein“, kommentiert Sebastian Dörr, Ökonom bei HQ Trust.

Die Hauptaufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB) besteht darin, Preisstabilität zu gewährleisten: Ihr Zielwert von zwei Prozent soll dabei einen gewissen Deflationsschutz bieten und Spielraum für die Inflationsunterschiede zwischen den Ländern des Euroraums lassen: „Aktuell gleicht diese Aufgabe der Quadratur eines Kreises“, sagt Dörr.

Der Ökonom hat noch einige skurrile Fakten aufgedeckt, die zeigen, wie unterschiedlich sich die Teuerung in Europa entwickelt: „In 15 der 20 Euroländer liegt die aktuelle Inflation unter dem Stand von Ende 2021. In fünf Staaten, darunter Frankreich und Österreich, ist das Gegenteil der Fall: Hier herrscht eine höhere Inflation als noch im Dezember 2021.“

Allerdings lag der Hochpunkt der Inflation in Frankreich – dank staatlich subventionierter Energiepreise – bei vergleichsweise niedrigen 7,3 Prozent. Ein ganz anderes Bild dagegen in Estland. Im August 2022 mussten die Esten eine Teuerung um 25,2 Prozent hinnehmen.



Wegen dieser unterschiedlichen Erfahrungen haben die Europäer eine jeweils ganz eigene Einstellung zu Geldentwertung und Zinspolitik entwickelt. Der EZB dürfte dies ihre Aufgabe 2024 erheblich erschweren, einen Pfad einzuschlagen, der allen Euro-Ländern gerecht wird. Ebenso wie es den Regierungen schwerfallen wird, ihre wichtigsten Wählergruppen weitere Einschnitte zuzumuten, auch wenn dies ökonomisch durchaus geboten sein könnte.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/249001664>